Einzureichen an:

Investitionsbank Sachsen-Anhalt
Gesundheit, Sport und Kultur
Domplatz 12
39104 Magdeburg

INVESTITIONSBANK SACHSEN-ANHALT

Wir beantragen bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB) die Zuwendung aus dem Programm

Zuschüsse zur Förderung des Sportmuseums Magdeburg International

gemäß den §§ 23 und 44 der Landeshaushaltsordnung Sachsen-Anhalt in Verbindung mit dem Haushaltsplan 2025/ 2026 des Landes Sachsen-Anhalt, Kapitel 03 46 Titel 684 17.

1. ANGABEN DES ANTRAGSTELLENDEN

Allgemeine Angaben

Name/Firma	Gründungsdatum
Straße, Hausnummer	Vorwahl/Rufnummer
PLZ | Ort	ggf. Ortsteil
Branche/Tätigkeitsbereich	Landkreis/Gemeindenummer
Ansprechpartner zum Antrag (Name, Vorname)	Vorwahl/Rufnummer/Fax
E-Mail	
Vereinsregister-Nr.	Registergericht (falls vorhanden)
Wirtschafts-Identifikationsnummer (§139c AO) (falls vorhanden)*	Steuernummer*

*Wenn der Antragsteller ein vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannter Verein ist, entfällt die Pflichtangabe nach der Mitteilungsverordnung

Vorsteuerabzugsberechtigt? ☐ Ja ☐ Nein ☐ teilweise mit ____ %

2. KURZANGABEN ZUM VORHABEN

2.1 Ort des Vorhabens (sofern abweichend von Ziffer 1.1 dieses Antrages)

Straße, Hausnummer		
PLZ	Ort	ggf. Ortsteil

2.2 Vorhabenbezeichnung

Titel des Vorhabens

2.3 geplante zeitliche Dauer

Beginn des Vorhabens	Tag/Monat/Jahr	geplantes Ende des Vorhabens	Tag/Monat/Jahr

3. AUSGABEN- UND FINANZIERUNGSPLAN

3.1 Ausgaben	Zuwendungsfähige Gesamtausgaben in Euro
3.1.1 Personalkosten	
3.1.2 Sachkosten	
Sonstige Sachkosten	
Summe Sachkosten	0,00
3.1.3 Dienstleistungen Dritter	0,00
Summe der geplanten Ausgaben	0,00

3.2 Finanzierung der Ausgaben (in Euro)

3.2.1 Eigenmittel (des Antragstellers)	
davon bare Eigenmittel	
davon sonstige Eigenmittel	
Summe Eigenmittel	0,00
3.2.2 Beantragte Zuwendung	

3.2.3 Fremdmittel

Weitere Fördermittel aus öffentlichen Mitteln und/oder sonstige öffentliche Finanzierungshilfen (bitte bezeichnen)

Sonstige Fremdmittel (z. B. Eigenanteile der Einzelpersonen, Vereine, Verbände oder Drittmittel, bitte bezeichnen)

Summe Fremdmittel	0,00
Summe der Finanzierungsmittel	0,00

4. ERKLÄRUNG ZUR BEIHILFERELEVANZ (Zutreffendes bitte ankreuzen)

			Ja*	nein
4.1	(A)	Sind die Tätigkeiten der Einrichtungen objektiv nicht substituierbar (etwa das Führen öffentlicher Archive, die einzigartige Dokumente umfassen), so dass kein echter Markt bestehen kann? (Wenn ja, bitte weitere Ausführungen zur Besonderheit und Einzigartigkeit der angebotenen Ausstellungsstücke im Konzept vornehmen.)	☐	☐
	(B)	Wir erklären, dass die im Rahmen des Zuschussprogrammes geförderten Ausstellungsgegenstände der Öffentlichkeit **kostenlos** zugänglich gemacht werden und rein soziale, kulturelle und wissenschaftliche Zwecke erfüllen.	☐	☐
	(C)	alternativ:		
		Die Gesamtausgaben der Investition und für den Betrieb der Einrichtung betragen ☐ Euro		
		Der Anteil des von Besuchern bzw. Teilnehmern erhobenen finanziellen Beitrags (ggf. zusätzlicher anderer kommerzieller Mittel) für den Betrieb der Einrichtung beträgt auf der Grundlage einer realistischen Prognose ☐ Euro		
		Wir erklären, dass der prozentuale Anteil der kommerziellen Einnahmen nicht mehr als 50% der tatsächlichen Gesamtkosten des Betriebs der Einrichtung beträgt. Es handelt sich demnach um eine Aktivität nichtwirtschaftlicher Art. Eine Aufstellung über kommerzielle Einnahmen und Gesamtkosten, wurde dem Antrag beigefügt.	☐	☐
4.2		Die geförderte Kultureinrichtung wird nicht intensiv außerhalb ihres regionalen Einzugsgebietes beworben und zieht dadurch keine Besucher aus anderen Mitgliedsstaaten an.	☐	☐

*Bei „Ja“: Bitte in der Vorhabenbeschreibung erläutern

5. DEM ANTRAG BEIZUFÜGENDE UNTERLAGEN

Die dem Antrag beizufügenden Unterlagen entnehmen Sie bitte der zu diesem Förderprogramm gehörenden Unterlagencheckliste.

6. ERKLÄRUNGEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

Wir erklären:

a) Uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nicht besteht, und dass wir im Falle einer Bewilligung die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) sowie besondere für dieses Förderprogramm geltende Pflichten zu beachten haben.

b) Mit dem im Antrag dargestellten Vorhaben haben wir noch nicht begonnen und werden auch nicht vor Erhalt des Zuwendungsbescheides beginnen, es sei denn, wir erhalten auf Antrag eine schriftliche Genehmigung zum vorzeitigen Vorhabenbeginn. Uns ist bekannt, dass als Vorhabenbeginn grundsätzlich bereits der verbindliche Abschluss eines Lieferungs- oder Leistungsvertrages im Zusammenhang mit dem Vorhaben anzusehen ist.

c) Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens ist unter Einbeziehung des beantragten Zuschusses gesichert.

d) Wir sind zahlungsfähig, und gegen uns steht ein (Verbraucher-) Insolvenzverfahren nicht unmittelbar bevor und ist nicht beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt worden. Wir verpflichten uns, unverzüglich der IB mitzuteilen, wenn bis zur Bewilligung dieses Antrages ein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorstehen sollte, beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt wird.

e) Wir versichern, dass bei Vorliegen einer Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) die angegebenen Ausgaben keine Umsatzsteueranteile enthalten.

f) Wir gewährleisten eine projektbezogene Einzelabrechnung der Einnahmen und Ausgaben sowie deren Unterscheidung vom üblichen Geschäftsverkehr. In den angegebenen Ausgaben sind innerbetriebliche Umlagen nicht enthalten.

g) Wir werden das Vorhaben nicht im Auftrag oder auf Rechnung Dritter durchführen.

h) Für das Vorhaben wurden und werden bei anderen Stellen keine weiteren öffentlichen Förderungen oder Finanzierungshilfen über die im Finanzierungsplan (Ziffer 3.2 dieses Antrages) angegebenen öffentlichen Mittel bzw. Finanzierungshilfen hinaus beantragt.

i) (Im Fall einer Beihilfe auf Grundlage der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO)): Gegen mein/unser Unternehmen liegt keine Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer von Deutschland gewährten Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt vor, der ich/wir nicht nachgekommen bin/sind.

j) Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der von uns gemachten Angaben im Antrag sowie in den beigefügten Anlagen/Unterlagen. Wir verpflichten uns, die IB unverzüglich zu informieren, wenn Änderungen gegenüber diesen Angaben eintreten.

k) Uns ist bekannt, dass die IB berechtigt ist, weitere Angaben und Unterlagen anzufordern, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind. Wir verpflichten uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/Informationen/Auskünfte zu erbringen/zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erklären wir uns damit einverstanden.

l) Wir erkennen an, dass die IB berechtigt ist, Stellungnahmen anderer Stellen für die Beurteilung des Antragstellenden einzuholen. Zu diesem Zweck befreien wir Verbände, Kammern sowie Behörden von ihren Verschwiegenheitspflichten.

m) Wir entbinden die Finanzbehörden gegenüber der IB von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abgabenordnung). Wir geben hiermit unser Einverständnis, dass die von der IB im Bedarfsfall von den Finanzbehörden erhobenen Daten an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet werden können, wenn Anhaltspunkte für ein strafrechtlich relevantes Verhalten vorliegen; insoweit befreien wir die IB ebenfalls von ihrer Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses.

☐ Ja ☐ Nein

n) **Belehrung über die Strafbarkeit des Subventionsbetrugs – gilt nur bei Betrieben und Unternehmen (einschließlich öffentlicher Unternehmen)**: Uns ist bekannt, dass es sich bei den beantragten Fördermitteln um eine Subvention handelt, auf die § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. S. 724) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG, Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1976, Teil I, S. 2037 f.) Anwendung finden. Gemäß § 3 SubvG besteht die Verpflichtung, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne dieser Vorschriften sind die Angaben bzw. Erklärungen zu den Ziffern 1, 2.1, 2.2, 2.3, 3.1., 3.2.1, 3.2.2, 3.2.3, 4.1, 4.2, 6.a), 6.b), 6.c), 6.d), 6.e), 6.f), 6.g), 6.h), 6.i), 6.j) 6k), 6l) und 6m) dieses Antrages und die Angaben in den gemäß zu diesem Förderprogramm gehörenden Unterlagencheckliste Ziffern 1., 2., 3., 4., 5., 6., 7., 8., 9., 10., 11., 12, 13., 14., 15 und 16. beizufügenden Unterlagen.
Subventionserheblich sind ferner solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG).

7. EINWILLIGUNG IN DIE VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

7.1 Veröffentlichung

(Im Fall einer Beihilfe auf Grundlage der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO)): Uns/Mir ist bekannt, dass mein/unser Vorhaben mit vorhabenrelevanten Daten bei der Gewährung einer Einzelbeihilfe über 100.000 EUR gemäß Artikel 9 Absatz 1, Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 vom Land Sachsen-Anhalt veröffentlicht wird.

7.2 Zustimmung zur Beratung und Information

Wir möchten über individuell für uns passende Produkte der IB und über den Start und die Änderungen von Förderprogrammen informiert werden. Diese Einwilligungen sind freiwillig und können jederzeit, auch einzeln, mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Ihre Einwilligung ist elementar für eine qualifizierte Beratung durch unser Haus, falls Sie dennoch keine Einwilligung zu Analyse- und/oder Informationszwecken erteilen möchten oder Ihre Einwilligung zu einem späteren Zeitpunkt widerrufen, wirkt sich dies nicht auf die von Ihnen beantragte (Kredit-/Zuschuss-/Zuweisungs-) Förderung aus.

a) Zustimmung zur Analyse von Daten zur Person
Wir versichern Ihnen vorab, dass wir Ihre nachfolgend genannten Daten absolut vertraulich behandeln und nicht an unberechtigte Dritte weitergeben. Dazu sind wir zudem auch rechtlich, z. B. durch das Bankgeheimnis, verpflichtet. Die IB wird (nur sofern notwendig) für eine individuelle Beratung folgende Daten über mich/uns verknüpfen, gemeinsam auswerten und verwenden:

1. Personendaten, wie Name, Geburtsdatum, Familienstand, Beruf
2. Kontaktdaten, wie Adresse, E-Mail und Telefonnummern
3. Daten zu meiner Bonität, meiner finanziellen Situation und zu meinem Kreditrisiko
4. Daten aus Beratungsgesprächen, Vertriebsaktivitäten, Dokumentationen und Erhebungsbögen sowie vergleichbare Daten
5. Statistische Daten, welche mir mithilfe allgemeiner Kriterien zugeordnet werden können, beispielsweise für die Eignung bestimmter Förderprodukte für bestimmte Altersgruppen, Regionen oder Branchen

Zweck der Analyse der Daten zur Person: Die IB berät, betreut und informiert uns möglichst passgenau, z. B. über für uns geeignete neue Förderprodukte der IB.

☐ **Ja, wir sind mit der Verknüpfung, Auswertung und Verwendung unserer aufgelisteten Daten zu vorgenannten Zwecken einverstanden.**

b) Einwilligung zur Informationsübermittlung der IB
Wir erklären uns damit einverstanden, dass die IB die mit dem Förderantrag erhobenen persönlichen Daten nutzt, um uns interessante Informationen zu weiteren Fördermöglichkeiten zukommen zu lassen:

☐ **per Post** ☐ **telefonisch** ☐ **per E-Mail**

7.2 Hinweise zur Datennutzung

Auf unserer Homepage finden Sie unter „https://www.ib-sachsen-anhalt.de/datenschutzhinweise“ eine umfassende Übersicht über den Umgang der IB mit Ihren Daten sowie die Rechte, die Ihnen gemäß der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) zustehen. Wir bitten Sie, jede betroffene natürliche Person, deren personenbezogene Daten im Rahmen der Antragsbearbeitung und zur Abwicklung der Förderung verarbeitet werden, auf die jeweilige Verarbeitungstätigkeit und Verantwortung im Rahmen dieser Prozesse sowie auf die oben genannten Datenschutzhinweise aufmerksam zu machen.

UNTERSCHRIFT(EN) DER/DES ANTRAGSTELLENDEN/BEVOLLMÄCHTIGTEN

Ort, Datum	**Unterschrift** (Stempel, sofern relevant)
Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)	
Ort, Datum	**Unterschrift** (Stempel, sofern relevant)
Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)	